

KOMMENTIERT

Gemischte Gefühle bleiben

In der Wüste der Erkenntnis sind Oasen rar - diesen aphoristisch-verdichteten Seufzern eines Zeitgenossen bekam die in Moskau zahlreich vertretene Presse bis zum Schluß der deutsch-sowjetischen Spitzengespräche zu spüren: Viele Treffen gab's zwischen den Politikern, aber kaum Informationen für die Journalisten, und auch die Pressekonferenz am Sonntagabend begann mit gehöriger Verspätung. Ministerpräsident de Maizière begründete es mit der Intensität, mit der man sich in die Probleme vertieft und so „einen guten, nützlichen Besuch“ gesichert habe.

daß vieles noch harter Verhandlungen bedarf. Vor allem der Bündnisstatus eines vereinten Deutschlands blieb ohne jeden Zweifel das Problem dieses Arbeitsbesuchs. Dreierlei wurde dabei deutlich: 1. meldet Moskau nach wie vor grundsätzliche Vorbehalte gegen ein vereintes Deutschland in der NATO an. 2. weiß Moskau damit zwar, was es nicht will, aber es tut sich weiter schwer, den NATO-Sirenenrufen schon ein geschlossenes eigenes Konzept entgegenzustellen. 3. hat sich der DDR-Premier ins Wort begeben, denn er schließt einen Beitritt Deutschlands zu einer NATO in jetziger Façon aus. Was aber, wenn sich der Pakt neue Strategien und neue Strukturen zulegen würde? Der Ministerpräsident scheint dies zu hoffen, um dann um so leichter eintreten zu können. Daß die Sowjetunion nicht ausgeschlossen hat, darüber nachzudenken, war dem Premier offenbar Anlaß, „mit gutem Gefühl nach Hause“ zu fliegen. Bei den Journalisten indes blieben viele gemischte Gefühle zurück.

REINER OSCHMANN

In Wien auf der Wartebank

Die Aura verhaltenen Optimismus, mit der sich die Delegationsleiter der UdSSR, der USA und Frankreichs auf ihren abschließenden Pressekonferenzen umgaben, konnte am Gesamtindruck wenig ändern: Bei den Wiener Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa tritt man derzeit offensichtlich auf der Stelle. Die letzte Woche beendete 6. Runde hat nur marginale Fortschritte in technischen Details gebracht. Es wird eingeschätzt, daß von den vermutlich 400 Seiten des Textes für ein Abrüstungsabkommen bislang lediglich fünf Prozent fixiert sind.

Druck wohl nur sehr wenig nehmen. Denn noch steht die Lösung von Hauptfragen aus, darunter die Festlegung der zu reduzierenden Waffensysteme. Daß die komplizierten, sich schnell verändernden Entwicklungen in Europa den Gang der Gespräche in der Wiener Hofburg massiv beeinflussen, steht außer Zweifel. Besonders die mit der deutschen Vereinigung verbundenen Prozesse und Probleme haben offensichtlich ein eher zögerliches Herangehen an europäische Abrüstungsfragen bewirkt. Die Diskussionen um die Bündniszugehörigkeit des künftigen Deutschlands, das Niveau und den Umfang seiner Streitkräfte, aber auch die ungewisse Zukunft des Warschauer Paktes bergen die Gefahr des Verharrens auf Abwartepositionen. Das ist bedauerlich. Denn das Aufbrechen jahrzehntelanger, verhärteter Fronten läßt die Vision von einem gesamt-europäischen Sicherheitssystem realistischer erscheinen. Der von der KSZE bereits abgesteckte Rahmen bietet für die Schaffung eines solchen Systems gute Chancen.

INGOLF BOSSENZ

Machthunger

Als Erfolg verbuchte Äthiopien die Fortschritte, die bei den Vorgesprächen mit der Eritreischen Befreiungsfront (ELF) erzielt wurden. Der Eindruck, daß damit der Frieden in dem Land am Horn von Afrika zum Greifen nah ist, täuscht. Denn die eigentlichen Gegner im blutigen Bürgerkrieg sind die Volksbefreiungsfronten von Eritrea und Tigray, EPLF und TPLF. Doch gerade die Verhandlungen mit ihnen stagnieren. Nicht einmal ein Waffenstillstand ist bisher in Rom und Nairobi vereinbart worden, obwohl 4,5 Millionen Menschen im Norden des ostafrikanischen Landes vom Hungertod bedroht sind.

das über die UNO an die Weltöffentlichkeit übermittelte Angebot der EPLF, die Blockade für Solidaritätslieferungen mit Nahrungsmitteln und Medikamenten aufzuheben, willigte Addis Abeba nicht ein. Man beharrt statt dessen auf der von der Regierungstruppen notdürftig kontrollierten Route Assab-Asmara und fordert internationale Hilfe bei der Einrichtung einer Luftbrücke. Das bedeutet aber einen Umweg von mehreren hundert Kilometern! So stecken die Spendenbereiten aus aller Welt in einem Dilemma. Benutzen sie den schnellsten Weg, könnten die dringend benötigten Güter im Bombenhagel von Massawa vernichtet werden. Hören sie auf Addis Abeba, liefern die umständlichen Transporte Gefahr, zu spät einzutreffen. Auf der Strecke bleiben in jedem Fall Hunderttausende Unschuldige.

HOLGER WENK

Geisterheer

In den USA hat dieser Tage eine spektakuläre Aktion ihren Abschluß gefunden: 2,7 Millionen Dollar kostete die erste landesweite Obdachlosenzählung. Das ist knapp die Hälfte der Summe, die die Bundesregierung in Washington als Wohngehilfe an Minderbemittelte zahlt, nachdem das ohnehin magere Budget von 29 auf 6 Millionen Dollar zusammengeschnitten wurde. Kein USA-Bürger darf nur deshalb benachteiligt werden, weil er gerade kein Dach über dem Kopf hat. „Wir glauben, daß ein Obdachloser das gleiche Recht hat, gezählt zu werden, wie jeder andere in diesem Land“, offenbart Barbara Bryant, Direktorin des Statistischen Bundesamtes der USA. Ob die Zählung konkrete Aufschlüsse vermittelt hat, erscheint zweifelhaft. Auch in Zukunft wird man sich wohl auf die Schätzung der Obdachlosenziffer - sie schwankt derzeit je nach Quelle zwischen 600 000 und 3 Millionen - verlassen müssen. Denn nur ein Bruchteil der Aufgestöberten war bereit, sich ausfragen

zu lassen. „Wir wollen Wohnungen, keine Zählungen“, hatten Leute ohne Heim auf ein in Washingtons 14. Straße gespanntes Stück Stoff geschrieben. Ohne Zweifel sind die USA ein enorm reiches Land, das breiten Schichten der Bevölkerung - nicht zuletzt auf Kosten der dritten Welt - einen hohen Lebensstandard ermöglicht. Um so beschämender ist das Maß grassierender Verelendung inmitten des Wohlstandes. Allein in New York geht man von 80 000 Obdachlosen aus, darunter viele Familien, Alte, physisch und psychisch Kranke, die in U-Bahn-Schächten und im Müll vegetieren. Dabei machen die Unbehausten, deren Heer sommers wie winters vor allem durch die Metropolen des Landes geistert, nur etwa drei Prozent derer aus, die in den Vereinigten Staaten - als arm gelten. Einen positiven Effekt wenigstens hatte die Zählung: In den nächsten zehn Jahren sollen in New York 4000 neue Bleiben für die Armen geschaffen werden.

Dr. KLAUS STEINIGER

DAS REDAKTIONSKOLLEGIUM

Dr. Wolfgang Spickermann (Chefredakteur); Reiner Oschmann, Michael Müller, Dieter Reichner, Dr. Rolf Günther (stellvertr. Chefredakteure); Peter Berger, Karin Dörre, Gerd Prokop, Redaktionssekretär Reinhard Götzke, Verlagsdirektor Rudolf Dank

Zeltung der Partei des Demokratischen Sozialismus

ND-Interview mit EGON BAHR, Mitglied des Parteipräsidiums, SPD-Experte für Sicherheits- und Abrüstungspolitik

2 plus 4 heißt, zur Einheit müssen sechs Schlüssel passen

In dieser Woche beginnen - nach zwei Vorbereitungsstufen - die Außenministertreffen zwischen beiden deutschen Staaten und den vier Siegermächten des zweiten Weltkrieges über die komplizierten außenpolitischen Fragen, ohne deren Klärung es keine Vereinigung geben kann. Was ist zu erwarten?

Es wäre schon sehr viel erreicht, wenn sich die Zwei-plus-vier-Staaten darüber klarwerden könnten, welche Probleme in welcher Reihenfolge und mit welchem Zeithorizont verhandelt werden sollen. Man muß wissen, wo man hin will, was das Ergebnis des ganzen Prozesses sein soll. Wenn ich mich auf den Weg mache, muß ich das Ziel des Weges kennen.

Und das wäre?

Nach meiner Auffassung die Ablösung der konfrontativen Bündnisysteme und die Schaffung eines neuen, umfassenden kooperativen europäischen Sicherheitssystems, das allmählich ausgebaut werden muß. Die Ansätze dazu und die Rahmenbedingungen könnten im Herbst geschaffen werden, wenn das erste Wiener Abrüstungsabkommen hoffentlich unterzeichnet wird und die 35 KSZE-Staaten zu ihrer Sonderkonferenz zusammenkommen. Ich würde es für richtig halten, wenn die Zwei-plus-vier-Problematik in den KSZE-Prozess übergehen könnte, denn es handelt sich ja um ein gesamteuropäisches Problem.

Ein schwieriger Weg, obwohl sich ja einige Leute schon gerührt haben, den Schlüssel zur Einheit in der Hand zu halten.

Keiner der sechs Staaten hat den Schlüssel, denn es gibt sechs davon. Und nur wenn diese, wie bei einem Safe gemeinsam benutzt werden, öffnet sich das Schloß. Bei den Zwei-plus-vier-Verhandlungen kann keiner überstimmt werden. Es gibt keine Mehrheitsentscheidungen, mit denen beispielsweise die sowjetischen oder andere Truppen wegbeschieden werden könnten. Es herrscht der absolute Zwang zur Verständigung, diktiert von den völkerrechtlichen Gegebenheiten und politischen Realitäten.

Das gilt auch für die beiden deutschen Staaten, und ich gehe selbstverständlich davon aus, daß die beiden Außenminister nach ihrem ersten Treffen nun versuchen, sich eng zu koordinieren. Der eine sollte nicht ohne den anderen losziehen.

Hier und da ist allerdings der Eindruck entstanden, als ob die DDR, wie bei der Währungsunion, eher auf schon vorgestanzte Positionen eingeschwenkt werden soll: keine Neutralität, künftige NATO-Mitgliedschaft usw.

„Der Spiegel“: PDS wird weiter vom BND bespitzelt

Hamburg (ADN). Der Bundesnachrichtendienst (BND) hat nach einem Bericht des Hamburger Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ entgegen der Ankündigung des zuständigen Staatsministers im Kanzleramt, Lutz Stavenhagen, die Bespitzelung der PDS auch in diesem Monat fortgesetzt. In einem vertraulichen Dossier des BND mit Datum vom 19. April werde mitgeteilt, daß die „Aufbruchstimmung“ in der PDS einer „starken Ernüchterung“ gewichen sei. Stavenhagen hatte Ende März erklärt, die Parteien in der DDR dürften nicht Gegenstand einer Aufklärung des BND sein. Neben regulären PDS-Ortsgruppen seien auch „eigenständige PDS-Grundorganisationen“ gebildet worden, von denen einige ausschließlich aus ehemaligen MFS-Mitgliedern bestünden, heißt es laut „Spiegel“ in dem BND-Papier. In einem weiteren Bericht zi-

Na ja, in dem einen Fall ist die Bundesrepublik der Teil, der die D-Mark liefern muß. Auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik aber sind beide Staaten völlig gleichwertig und gleichberechtigt. Die Souveränität der Bundesrepublik gegenüber den drei Westmächten ist völkerrechtlich nicht größer als die der DDR gegenüber der Sowjetunion. Auch im Grundlagenvortrag zwischen unseren Staaten ist ja festgelegt, daß durch ihn die originären Rechte der Siegermächte nicht aufgehoben werden. Was wir gemeinsam in die jetzigen Verhandlungen einbringen können,

Die staatsrechtliche Einheit kann ohne Rücksicht auf die noch bestehenden Siegerrechte und die Interessen auch aller anderen Nachbarn nicht kurzerhand ins Werk gesetzt werden. Denn es ist ja auch deren vorrangiges Interesse, daß Stabilität und Sicherheit in Europa gewahrt und gestiftet werden.

Sollte Polen beim „Thema“ Westgrenze beziehungsweise deutsche Ostgrenze dabeisein?

Unbedingt, nicht bei allen Fragen, aber bei diesen. Es geht ja um einen der wichtigsten Sicherheits- und Stabilitätsfaktoren für

drücken kann. Klar ist auch, daß es zu keinem Zeitpunkt „im luftleeren Raum schwebende“ deutsche Streitkräfte geben darf. Aber bevor gemeinsame Entscheidungen fallen können, muß man gemeinsam wissen, was soll am Ende des ganzen Prozesses stehen. Man muß sich eben tatsächlich erst darüber einig sein, wie und wann die jetzigen konfrontativen Bündnisse abgelöst und durch ein umfassendes kollektives Sicherheitssystem in ganz Europa ersetzt werden sollen. Das kann nicht von heute auf morgen geschehen.

Das heißt: Solange es keine neue Ordnung gibt, gilt die alte. Solange werden wir also auch mit den bisherigen Bündnissen zu leben haben. Alle anderen bislang gemachten unterschiedlichen Vorschläge sind eigentlich nur unterschiedlich komisch.

Die DDR-Regierung hat völlig recht, wenn sie sich zu ihren Bündnisverpflichtungen bekennt. Dasselbe gilt für die Bundesrepublik in dieser Übergangsphase. Die Grundbedingung lautet: Wir brauchen zualererst Stabilität.

Andererseits aber bin ich gegen ein Provisorium, dessen Dauer ich nicht kenne. Der letzte „Übergang“, nämlich die deutsche Teilung, hat 40 Jahre gedauert. Ich bin bereit, mit jedem „Übergang“ zu leben, wenn ich weiß, wann er endet und wohin er führen soll.

Für viele DDR-Bürger wäre es unvorstellbar, unter einem „NATO-Schirm“ mit „Vorne-Verteidigung“ und atomarer Erstschlagstrategie zu leben.

Das kann ich verstehen. Aber ich glaube, daß eine vollständige Ausdehnung der NATO auf das dann ehemalige Gebiet der DDR ausscheidet. Was zur Diskussion steht, ist das Verbleiben der NATO-Truppen dort, wo sie sind. Aber auch das erscheint mir ziemlich grotesk.

Für eine Übergangszeit beide Bündnisse in einem Staat: Das wäre noch nie dagewesen, aber gäbe immerhin Stabilität und zwar unter der Voraussetzung, daß die NATO ihre Vorne-Verteidigung und atomare Erstschlagstrategie aufgibt, gleichzeitig aber auch die potentielle Bedrohung durch das Übergewicht der sowjetischen Atomwaffen in der DDR beseitigt wird. Andernfalls hieße das eine zweiseitige atomare Bedrohung nur noch für eine Seite, nämlich für Deutschland.

Was könnten beide deutsche Staaten schon jetzt einbringen in den Gesamtprozess? Ministerpräsident de Maizière hat von einer

Vorreiterrolle der DDR in der Abrüstung gesprochen. Sollte sich die Bundesrepublik nicht anschließen?

„Ja!“ Die Antwort heißt eindeutig „Ja!“ Beide Regierungen könnten sich verständigen, daß sie parallel zu den Wiener Verhandlungen eine Reduzierung der deutschen Streitkräfte beschließen, was vielleicht im Herbst mit unterzeichnet werden könnte. Es wäre möglich, Tiefflüge einzustellen, mit der Wehrpflichtdauer herunterzugehen und zu prüfen, wieviel man für Vorschläge zur Kürzung von Rüstungsausgaben das Einverständnis der Alliierten beider Seiten finden kann.

Die SPD fühlt sich in der Deutschlandpolitik von der Bundesregierung ziemlich abgehängt.

Ja, und was dabei versäumt worden ist, kann schon nicht mehr aufgeholt werden. Die Zusammenführung der beiden Staaten innen- wie außenpolitisch betrifft das ganze Volk, und das darf eine große Oppositionspartei nicht ausgeschlossen werden.

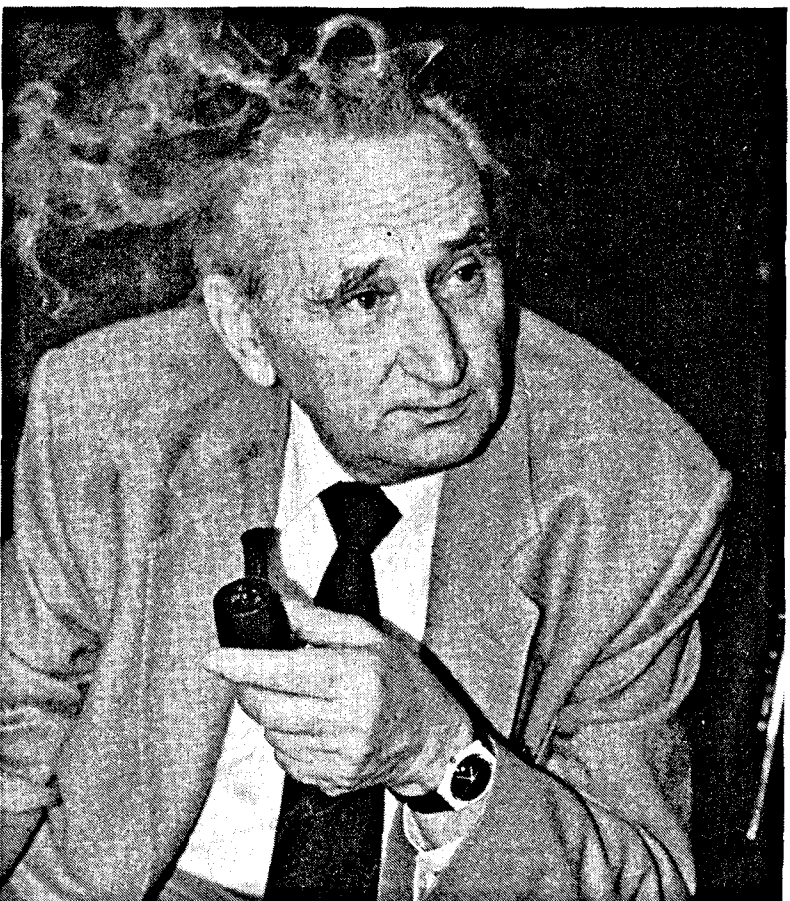
Natürlich hat uns die Entwicklung alle miteinander überrollt. Aber eben weil wir es gegenwärtig mit einem ganz ungeheuren, noch nie dagewesenen Vorgang zu tun haben, ist die gemeinsame Diskussion zur Vermeidung von Fehlern und falschen Entscheidungen unerlässlich. Vor allem sagen wir: alle zügig, aber nicht überstürzt. Leider wird dieser Realismus von einer Mehrheit offenbar nicht akzeptiert. Sie wählte die Wunschvorstellung „Einheit möglichst sofort“. Aber nun sehen wir: Es geht nicht sofort.

Es gibt ja ziemlich heftige Diskussionen über den Termin zu gesamtdeutschen Wahlen.

Ich halte von den Debatten gar nichts. Der Dezembertermin für die Bundestagswahlen muß bleiben. Alles andere wird länger dauern, als wir jetzt annehmen. Nach meiner Auffassung können gesamtdeutsche Wahlen erst am Ende stehen, wenn klar ist: Wie und wann machen wir völkerrechtlich die Einheit. Das bedarf noch langer Verhandlungen und eines weiteren Staatsvertrages, weil es ja synchron gehen muß mit den außen- und sicherheitspolitischen Prozessen in Europa.

Politisch stehen wir vor dem Ende eines Provisoriums: der Spaltung, also auch vor dem Ende der DDR und der Bundesrepublik. Und das heißt: Vor einer neuen deutschen Republik. Das Grundgesetz brauchte nur die Zustimmung der drei Westmächte. Jetzt muß das ganze Volk zustimmen. Und erst nach einer solchen Volksabstimmung dürfte es gesamtdeutsche Wahlen geben.

Das Gespräch führte unser Bonner Korrespondent WERNER OTTO



EGON BAHR: Zügig, aber nichts überstürzen Foto: Völkner

sind die jeweils guten Beziehungen zu unseren jeweiligen Verbündeten.

Die Frage der Ablösung dieser Rechte der Siegermächte in bezug auf Deutschland als Ganzes wird ein wesentlicher Punkt der Verhandlungen sein.

Genauso ist es, und das bedeutet, daß wir Deutschen nicht einfach etwas verfügen oder vorstanzeln können. Deshalb ist auch die Diskussion über eine Vereinigung nach Artikel 23 oder 148 nicht etwa nur eine „deutsche Sache“. Wer das behauptet - und solche Bemerkungen hat es ja von Regierungssprechern in Bonn gegeben - redet Unsinn. Das hieße ja, wir würden über die restlichen Kompetenzen aller vier Mächte einfach verfügen wollen.

diesem Kontinent. Aber auch die anderen Nachbarstaaten sollten durch Konsultationen mit in den Verhandlungsprozess einbezogen werden, nicht zuletzt, um die ohne Zweifel vorhandenen Besorgnisse über ein „erstarkendes Deutschland“ auszuräumen.

Eines der komplizierten Verhandlungsthemen wird die künftige Bündniszugehörigkeit sein, über die es ja gravierende Differenzen gibt.

Ich bin sicher, daß es das gemeinsame Interesse der vier Mächte ist zu wissen, in welche Art der „gebundenen“ Freiheit dieses Deutschland entlassen wird. Ebenso sicher ist, daß niemand gegen den anderen etwas durch-

DDR-Minister nach Moskauer Gesprächen: Waffenimporte gedrosselt

Moskau (ADN). Die UdSSR hat nach Angaben des DDR-Ministers für Abrüstung und Verteidigung, Rainer Eppelmann, ihre Bereitschaft bekundet, über die für 1990 vereinbarte Lieferung von Militärtechnik im Werte von zwei Milliarden Mark neu zu verhandeln.

Nach den ursprünglichen Plänen sollte die DDR in diesem Jahr von Moskau vor allem Raketen, Hubschrauber und Munition erhalten. Eppelmann erklärte nach seinem Gespräch mit dem sowjetischen Verteidigungsminister Marschall der Sowjetunion Dmitri Jasow, aufgrund der jetzigen Konzeption der DDR würden diese Dinge nun nicht mehr benötigt. Dies könnte dazu beitragen, die Ankündigung in der Volkskammer zu erfüllen, die Rüstungsausgaben um 46 Prozent zu senken. Die Sowjetunion wolle der Nationalen Volksarmee der DDR außerdem dabei helfen, 24

einst von der UdSSR gelieferte Raketen zu vernichten. Er habe ferner angeregt, betonte der Minister, die Tagesordnung für ein in Berlin geplantes turnusmäßiges Treffen der Verteidigungsminister des Warschauer Vertrages zu ändern, da sie nicht mehr den „neuen Entwicklungen“ gerecht werde. Statt dessen sollte es unter anderem um die Umwandlung eines vorwiegend militärischen in ein vorwiegend politisches Bündnis und die Bedeutung der deutschen Vereinigung für den Pakt gehen.

Die DDR, erklärte Außenminister Markus Meckel, sei für die Einhaltung der bestehenden Verträge. Es werde eine gemischte Kommission eingesetzt, die zu überprüfen habe, was bleiben solle und was neu zu machen sei. Später sei diese durch BRD-Vertreter zu erweitern, da die Verpflichtungen später auf ganz Deutschland übergehen.

PERSONALIEN

Ohne Berührungsängste

In einer Kampfabstimmung wurde am Wochenende die 25jährige Bremer Studentin Susi Möbbeck als Vorsitzende der Jusos wiedergewählt. Damit hatte sich beim schärfsten Flügelkampf in der SPD-Nachwuchsorganisation die „marxistische“ gegen die „reformsozialistische“ Strömung durchgesetzt.

Schon vorher ging es unter den 300 Delegierten in München recht kämpferisch zu. Susi Möbbeck geriet unter Beschuß vor allem des der Mutterpartei näherstehenden Flügels. Zu lange



SUSI MÖBBECK: Trotz Gegenwind sich selbst treu. Repro: ND

haben sie kommunistischen Organisationen in Osteuropa die Treue gehalten. Die junge Dame kontaktierte allerdings kühl. Auch die SPD-Führung habe lange Zeit Kontakte mit den Staatsparteien im Osten gepflegt. Sie, die schon im Dezember dafür plädiert hatte, den Kräften der Erneuerung in der damaligen SED eine Chance zu geben, blieb sich treu. Trotz scharfen Gegenwinds warnte sie auf dem Jusos-Kongress davor, die Tür zur PDS für immer zuzuschlagen.

Nicht gerade zimperlich ging Susi Möbbeck auch in die Formulierung des Bundestagswahlkampfzieles der Jusos: Es gelte, alles zu tun, um „den Traum von einer großdeutschen Reichskanzlerschaft von Helmut Kohl!“ zu nützen zu machen. Für Entmilitarisierung und gegen soziale Verelendung heißt ihr Deutschlandkonzept. FRANZ HELLING

LESERBRIEFE

Immer noch „Leseland DDR“

Ich habe große Achtung vor den Schriftstellern unseres Landes, die mit ihren Mitteln die wachsenden Widersprüche aufdecken und das Unvermögen nachweisen, mit stalinistischen Methoden eine Gesellschaft aufzubauen, die den Idealen des Sozialismus entspricht, eine Leistungsgesellschaft, die zugleich sozial und solidarisch ist. Der neulich im Deutschen Fernsehen zu Wort gekommene Literaturexperte Marcel Reich-Ranicki aus der BRD macht es sich jedoch allzu leicht, wenn er das „Leseland DDR“ einfach auf die bisherige Unfreiheit seiner Bürger zurückführt, die deshalb über Bücher die Wahrheit zu erfahren suchten. Dieses Bedürfnis lasse hier schnell nach, weil die Freiheit besonders in Form von BRD-Presserzeugnissen, die seit einigen Wochen zunehmend angeboten werden, Einzug gehalten hat. Die Menschen hier - so seine Meinung - wollten eben etwas anderes lesen als das „langweilige“ Neue Deutschland. Nicht zu übersehen ist tatsächlich der Andrang nach Zeitungen und Zeitschriften aus der BRD. Aber ich glaube doch, daß bei vielen Menschen die Neugier, der Wunsch nach mehr Vielfalt der Er-

kennntnis weichen wird, daß Umfang und Aufmachung meist in keinem Verhältnis zum Gehalt und zum Nutzen für den Leser stehen, daß dort allerhand Sensationelles oder schon gleich mit Fragezeichen versehene Informationen nicht das Begehrenste sind, worauf wir alle schon lange gewartet haben. Das meiste, was dort geschrieben steht, kann man sicher schnell wieder vergessen, ohne einen wesentlichen Wissensverlust zu beklagen. Jedoch das angeblich so „langweilige“ Neue Deutschland ist mir gerade heute in dieser problemreichen Zeit wegen der Tiefgründigkeit und des Niveaus der Beiträge eine unentbehrliche, dringend benötigte Informationsquelle und Orientierungshilfe. Werner Reiner, Adorf (Vogtl.), 9930

Markige Sprüche

Gründet Unternehmen! Schafft Arbeitsplätze! Wir werden helfen! Freiheit ist Leistung! Wir haben voll Vertrauen eine GmbH gegründet und das dazu benötigte Kapital aufgebracht. Bei einem grundsätzlichen Umtauschkurs von 2:1 für Unternehmen ist unser Verlag pleite, bevor mit der Arbeit begonnen werden kann.

Wir fordern von den Politikern beider Regierungen für neugegründete Unternehmen einen Umtauschkurs von 1:1. Unser Kapital ist unsere Existenz. Und wir schaffen Arbeitsplätze. So wie uns geht es vielen neugegründeten Unternehmen.

Wir erwarten die versprochene Hilfe. Helmut, laß großen Worten Taten folgen. kd Selbstverlag Verlag nichtprofessioneller Autoren GmbH Berlin, 1017

Ist das die Perspektive für Rentner?

Viele DDR-Rentner haben immer noch illusionäre Vorstellungen von der Lage der BRD-Rentner. Die mir zugesandte „Glocke vom Eitersberg“, das Offenbacher Mitteilungsblatt der BRD-Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora, rechnete in Nr. 1/1990 in einer Dokumentation mit der regierungsangelobten „Vorbildregelung für BRD-Rentner“ ab und präsentierte knallharte Fakten: 40 Prozent aller Frauen haben eine Rente unter 500 DM! Zweimal würde die jährliche Renten Anpassung um sechs Monate verschoben, und alle Rentnerhöhungen der letzten Jahre lagen deutlich unterhalb der BRD-Preissteige-

rungsrate. Durch den Sozialabbau sind allein in den letzten Jahren die Rentnerinnen um 250 Milliarden DM geschädigt worden. Durch das neue Rentengesetz wurden die Altersgrenze von 60 für Frauen und Arbeitslose sowie das flexible Altersruhegeld ab 63 Jahren beseitigt. Die Altersgrenze ist jetzt auf 65 Jahre heraufgesetzt. In der BRD leben zwei Millionen Pflegebedürftige. Die monatlichen Kosten für Alten- und Pflegeheimplätze betragen durchschnittlich zwischen 2500 und 3000 DM. Sollen das etwa die Perspektiven für unsere DDR-Rentner sein?

Karl Bär, Berlin, 1157

Volksabstimmung sollte stattfinden

Über den Entwurf für die neue und gleichzeitige letzte DDR-Verfassung sollte meiner Meinung nach unbedingt eine Volksabstimmung stattfinden. Durch sie könnten wir basisdemokratisch mitentscheiden, was in eine zukünftige gesamtdeutsche Verfassung eingebracht werden soll. Leider haben konservative Kräfte in der Volkskammer dies von vornherein verhindert und den Verfassungsentwurf abgewürgt, ohne das Volk zu fragen. Peter Dehmel, Schöneiche, 1254